rote garde*

Die Zeitschrift der revolutionären jugend

Eigentümer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger Alfred Jocha alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P.b.b Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774

Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Der Revisor



Diesmal nicht von Gogol

Gogol, ein russischer Dichter des vorigen Jahrhunderts, ist durch seinen „Revisor" unsterblich geworden. Diesen Revisor — das russische Gegenstück zum preußischen Hauptmann von Köpenick — läßt er bekanntlich eine Stadt „inspizieren", und am Beispiel der verschreckten Beamtenschaft entlarvt Gogol die korrupte Gesellschaft des alten Zarenreiches.

Aber der Dichter hätte auch an den neuen Zaren seine helle Freude gehabt. „Trud", die Gewerkschaftszeitung der Revisionisten, berichtet nämlich über einen Fall, der sich erst jüngst ereignet hat und der dem Gogolschen Vorbild verdammt nahekommt. Und zwar tauchte kürzlich im armenischen Kirowakan ein gewisser Herr Asrijew auf und kündigte an, daß er ein Gebäude inspizieren werde, das repariert werden müsse. Außerdem, so ließ er vielsagend durchblicken, habe das Finanzministerium eine Korruptionsaffäre im zuständigen Bauunternehmen entdeckt. Der Direktor dieses Unternehmens ging daraufhin sofort in die Knie und beschaffte dem „Herrn Inspektor" eilends eine Zimmerflucht im besten Hotel der Stadt — womit er bewies, daß er wirklich Dreck am Stecken hatte.

Eine Woche lang machte Herr Asrijew nun mit gewichtiger Miene Rundgänge durch die Dienststellen des Unternehmens, während die leitenden Angestellten allesamt Blut schwitzten, eilfertig um ihn herumdienerten und seine bissigen Bemerkungen kleinlaut schluckten. Ein wenig umgänglicher gab sich der gestrenge Inspektor erst am letzten Tag, als seine Dienstreise in einem Restaurant endete, das für gute Weine und Schnäpse bekannt ist. Wobei er sich, gnädig gestimmt, noch allerhand „Souvenirs" aufdrängen ließ. Dann reiste er ab.

Die folgenden Tage vergingen in banger Ungewißheit. Kein behördlicher Bescheid, keine Anzeige, keine weitere Inspektion, nichts. Da nahm die Direktion des Unternehmens allen Mut zusammen und erkundigte sich behutsam im Finanzministerium, was denn der Herr Inspektor Asrijew so alles berichtet habe. Wir beide, lieber Leser, du und ich, wir wissen ja bereits, was dabei herauskam; aber die leitenden Angestellten waren denn doch teils erleichtert, teils geschockt, als sie erfuhren, daß das Ministerium weder einen Herrn Asrijew kannte noch einen Inspektor das Bauunternehmen habe überprüfen lassen.

Und die (Un-)Moral von der Geschicht'? Nun, es ist anzunehmen, daß heute nicht nur tief drunten in Armenien, sondern in jedem x-beliebigen Unternehmen in der Sowjetunion ein Fall Asrijew möglich wäre, denn die einst von der Arbeitermacht beseitigte Korruption hat längst das Reich der neuen Zaren überwuchert. Gogol, schau oba, dein Revisor ist wieder aktuell geworden. ●

rote garde*

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nr. 40 · August 1973

Ehrlich, ich versteh' die Welt nicht mehr . . .



1

Da hab' ich doch nun Hunderttausende Tote und Millionen Krüppel auf dem Gewissen . . .

2

Ganze Städte, ganze Provinzen hab' ich ausradieren lassen, ohne daß mir was passiert ist.



3

Und plötzlich will man mir wegen eines läppischen kleinen Einbruchs einen Strick drehen. Meine Damen und Herren, machen Sie sich doch nicht lächerlich!



4

Auch in Thailand entwickelt sich unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands der revolutionäre Volkskrieg. Er richtet sich gegen die amerikanischen Imperialisten, die Thailand ausplündern und es zu einer militärischen Basis für ihre Aggressionen gegen die Völker Asiens ausbauen. Mit den USA aufs engste verbündet sind die Großkapitalisten und Militärmachthaber der herrschenden Clique um den Marschall Kittikachorn. So wie in Birma, Malaysia, Indonesien und auf den Philippinen hat sich der revolutionäre Befreiungskrieg noch nicht so weit entwickelt wie etwa in Vietnam, Laos oder Kambodscha. Die revolutionären Kräfte werden aber von Jahr zu Jahr stärker.



Volkskrieg in Thailand

In Thailand herrscht der Marschall Kittikachorn als Militärdiktator von Amerikas Gnaden. 1969 gründete dieser Marschall eine "Demokratie". Das heißt, er schuf ein paar korrupte Konkurrenzparteien und hielt sogenannte "freie und geheime Wahlen" ab, die er natürlich prompt gewann.

Aber die Ausbreitung des Volkskrieges, zuerst im Norden und Nordosten, dann auch im Süden des Landes, und die wachsende Empörung der Volksmassen, hervorgerufen durch die steigende Verschuldung der Bauern und die Arbeitslosigkeit in den Städten — die Grundursache dafür ist die Ausplünderung Thailands durch die USA —, führen auch zu schweren Widersprüchen unter den Herrschenden. Marschall Kittikachorn läßt am 17. November 1971 vor dem Parlament in Bangkok Panzer auffahren, löst die Regierung und das Parlament auf und setzt die Verfassung außer Kraft.

Die neue Verfassung, die Ende 1972 nach über einem Jahr Belagerungszustand eingeführt wurde, ermächtigt den herrschenden faschistischen Militärklüngel, das Volk stärker als je zuvor zu terrorisieren, um die imperialistische Herrschaft und Ausbeutung zu erhalten.

Der Vertreter der "Thailändischen Nationalen Befreiungsbewegung" in Schweden, S. Vongnongvar, gab vor kurzem ein Interview über die Lage des Befreiungskampfes in Thailand.

Die Thailändische Nationale Befreiungsbewegung

"Die Thailändische Nationale Befreiungsbewegung wurde vor drei Jahren gebildet. Die Organisation dient der Zusammenarbeit zwischen der Kommunistischen Partei Thailands und verschiedenen Religionsgemeinschaften, Studenten, Intellektuellen sowie anderen patriotischen Gruppen, die das faschistische Regime stürzen und den Einfluß der USA in Thailand ausschalten wollen. Die Kommunistische Partei führt auf dem Lande den Guerillakampf. Er dauert bereits sieben Jahre. Die übrigen Glieder der Befreiungsbewegung stammen hauptsächlich aus den Städten."

Ausweitung des Kampfes auf die Städte

"In den Städten trifft man jetzt die Vorbereitungen, um den bewaffneten Kampf zu beginnen, besonders in Bangkok, unserer Hauptstadt, die das Land kulturell, wirtschaftlich, politisch sowie militärisch vollkommen beherrscht. Dort sitzt eine kleine korrumpierte Militärclique an der Macht und unterdrückt das Volk."

Widersprüche unter den Herrschenden werden für die Revolution ausgenützt

"Nach über einem Jahr Belagerungszustand wurde im Dezember 1972 eine neue Verfassung eingeführt... Die Widersprüche unter den herrschenden Kreisen sind aber immer noch groß, auch im Militär. Deshalb führen wir einen politischen Kampf, der darauf abzielt, die Widersprüche auszunutzen um das herrschende Regime zu spalten."

Alle patriotischen Klassen und Schichten schließen sich zusammen

"Die Studenten und Intellektuellen im In- und Ausland schließen sich nun dem Kampf an. Vor dem Putsch vom 17. November 1971, der zum Belagerungszustand führte, gab es viele unter ihnen, die an die Möglichkeit des parlamentarischen Weges glaubten. Aber jetzt, besonders seit der neuen Verfassung, gewinnt der bewaffnete Kampf immer mehr Anhänger."

Wachsende Unterdrückung des Volkes

"Die Dörfer werden von Polizei und Militär besetzt. Sie durchsuchen alles und verhaften jeden, der ihnen gefährlich erscheint. Der Artikel 17 der neuen Verfassung gibt der Regierung eine uneingeschränkte Ermächtigung zu all diesen Maßnahmen. Die Diktatur ist heute schlimmer als je zuvor. Auch die Gerichte sind jetzt ganz in der Hand des Regimes. Die Richter können von der Junta beliebig ernannt, versetzt und entlassen werden. Meinungsfreiheit gibt es nicht. Die Junta kontrolliert alle Massenmedien. Oft werden Dörfer bombardiert, um die Bewohner zur Flucht in die Städte zu zwingen. Es werden auch Pflanzengifte angewandt."

Die USA-Imperialisten werden geschlagen werden!

"Die USA haben in Thailand eine geheime Organisation gebildet, die 'Advanced Research Project Agency' (ARPA), welcher 14o Forscher aus dem Pentagon angehören. Sie untersuchen Struktur und Natur unserer Landgebiete. Dadurch bereiten die USA eine Ausweitung des Krieges vor. 'Newsweek' berichtete, daß bereits 4o.ooo bis 5o.ooo US-Soldaten in Thailand stehen. Das können noch mehr werden, da das Militärregime sehr schwach ist und aus eigener Kraft die Macht nie behalten kann."

Wo es Unterdrückung gibt, da gibt es auch Widerstand! Der bewaffnete Kampf:

"Er nimmt ständig zu: im Norden, im Nordosten und im Süden. Im letzten Jahr führte die Armee eine große Anti-Guerilla-Operation durch. Der Ministerpräsident leitete sie persönlich als Feldmarschall. 'Großer Erfolg' und 'Es gibt dort keine Guerilla mehr', hieß es zum Schluß. Aber als das Militär fort war, waren die Partisanen wieder da. Daraufhin leitete der Sohn des Ministerpräsidenten eine neue Offensive. Sie mißglückte ebenfalls und er mußte zugeben: 'Die Guerillas können dieses Gebiet beliebig lange halten. Das Gelände ist gut und Essen haben sie auch! In vielen Dörfern werden die Partisanen von ... der Bevölkerung unterstützt. Bei Nacht traut sich dort kein Militär hin.'"



Leserbrief zum Thema Lehrerstreik

In den vergangenen Monaten verhandelte man oben lang und breit über Pflichtschullehrergehälter. Sie sollten zu denen der Beamten angehoben werden.

Da sich die SP-Regierung weigerte, kündigte der christliche ÖAAB einen Warnstreik dieser Lehrer an. Doch diese Dinge sind uns ja aus der bürgerlichen Presse bekannt. Damit wollte der ÖAAB der Regierung Kreisky eines "auswischen" und der ÖVP Wähler gewinnen.

Was nicht mehr zu übersehen ist, ist die Unzufriedenheit der Werktätigen (Arbeiter, Angestellte, kleine und mittlere Bauern, Lehrer und niedrige Beamte) mit der SP-Regierung. Das mußte die VP natürlich für ihre Zwecke ausnützen.

Wie hatte nun die SP-Führung die Unzufriedenheit hervorgerufen? Nun, dadurch, daß sie eben werktätigenfeindliche Maßnahmen

ergriffen hatte. Doch der SP gelang dieser Betrug unter pseudo-fortschrittlichen Losungen wie "Mitbestimmung" und "Sozialpartnerschaft". Jedoch nur für kurze Zeit: Eine politische Linie erkennt man nicht an "fortschrittlichem" Gerede, sondern an ihren Handlungen. Und die Auswirkungen dieser Politik haben die Werktätigen zu tragen.

Die ÖVP nun lastet die Schuld an der für die Kapitalisten notwendigen Entwicklung - nämlich die Inflation - der SP an. So biedert sich die VP dem Staatsbürger an.

Was denkt ein Durchschnittsbürger darüber, einer, der das Parlamentstheater und die Wahlen noch nicht als abgekarteten Schwindel durchschaut hat? Er meint, Wählen sei eine vornehme Pflicht des Staatsbürgers. Und enttäuschte Wähler springen ab und wählen nun eine andere Partei: "Die werden's vielleicht nicht so schlecht machen." Wie lange noch das Wahl-Theater? Denn daß auch die VP und sämtliche übrigen österreichischen Parteien kapitalstreu sind, hat man schon aus der Vergangenheit und Gegenwart gelernt. Und die SP? Was tut sie im Fall "Pflichtschullehrerstreik"? Sie will wieder ein bewährtes Rezept jeder Kapitalspartei anwenden: Die Aufhetzung der verschiedenen Gruppen der Werktätigen gegeneinander.

Kreiskys Meinungsmache schäumt: "Jetzt verdienen die Lehrer sowieso viel mehr als die Arbeiter, obwohl sie nichts zu tun haben. Und da wollen sie noch mehr Geld!"

Auch die Familien will die SP gegen die Lehrer hetzen. In einer Aussendung des Sozialistischen Lehrerbundes heißt es, der Pflichtschullehrerstreik sei eine Maßnahme gegen Schüler(!) und Eltern, denn damit wären sowohl Schülerfreifahrten als auch die Schulbuchaktion in Frage gestellt. Das ist eine offene Drohung!

Alle Werktätigen, die von den Kapitalisten oder ihrem Staat ausgebeutet werden, können ihre gerechten Forderungen nur durch Kampf durchsetzen. Dazu müssen wir uns unserer Kraft bewußt werden und bereit sein, uns für unsere Forderungen einzusetzen.

Und streiken einmal die Metallarbeiter, die Holzbetriebe oder aber auch die Lehrer, so dürfen wir uns nicht gegen diese aufhetzen lassen. Wir müssen im Gegenteil solidarisch sein und diese Kämpfe unterstützen.

Es gibt aber auch Streiks, die für parteipolitische Zwecke ausgenützt werden. Die Erfahrung zeigt, daß alle Fraktionen des ÖGB, egal ob ÖAAB, SP oder GE, versuchen, Streiks zu verhindern, weil sie die Profite der Kapitalisten schmälern. Bei dem Streik der Pflichtschullehrer ging der Beschluß zum Streik von der Gewerkschaft aus. Ich als Lehrerin habe keine Bewegung "um mehr Lohn" in den mir bekannten Schulen gesehen. Und als dann vom ÖAAB der Streik verkündet wurde, dachten viele meiner Kollegen und Kolleginnen, der ÖAAB rufe ihn nur zum Besten der Lehrer aus, vertrete also ihre Interessen. Daß parteipolitische Gründe dahinterstecken könnten, dachten sie nicht. Diese Sache ist von der Gewerkschaft hochgespielt worden, und wir Lehrer waren, ohne es zu wissen, Spielball. Das ist auch der Grund, warum die Lehrer bei allen Kampfmaßnahmen jetzt umfallen. Der Streik ging eben nicht von ihnen aus und deshalb fehlt auch die Entschlossenheit zu kämpfen. Wenn die Parteien auf unsere Kosten gerechtfertigte Forderungen zum Vorwand nehmen, um für ihre selbstsüchtigen und kapitalistischen Interessen krebsen zu gehen, müssen wir uns klar darüber sein, daß wir nur Erfolg haben können, wenn wir uns auf unsere eigene Kraft stützen und selbständig kämpfen.

Wenn die Gewerkschaft für einen Streik ist, so hat sie andere Gründe als wir, diesmal Parteipropaganda. Aber wenn wir streiken, müssen wir ja für unsere Interessen kämpfen. Nicht für die einer Gewerkschaft. Deshalb müssen wir wissen: Für unsere Forderungen müssen wir auch ohne und gegen die Gewerkschaften kämpfen. Und wenn sie sagen, sie seien für einen Lohnkampf, so dürfen wir uns nicht über ihre Motive täuschen!

A.H., Wien ●

Der Aufbau des Sozialismus in China:

Chinas ältestes Ölfeld

Von KAN FENG



Züge, die mit Erdöl vom ältesten chinesischen Ölfeld, dem Jumen-Ölfeld, beladen sind, verlassen die schneebedeckten Tschilienberge im Nordwesten Chinas.

Tschang Teng-yu, ein alteingesessener Arbeiter, der seit der Errichtung des Feldes hier gearbeitet hatte, erinnert sich, daß die Bohrung und Gewinnung von 1938 bis zur Befreiung im Jahre 1949 auf einer Fläche zwischen zwei Hügeln stattfand, die nicht größer als zwei Quadratkilometer war. Die Gesamtmenge an Scheröl, die während der 11 Jahre reaktionärer Kuomintangherrschaft gefördert wurde, betrug nur eine halbe Million Tonnen.

Heute erstreckt sich das Ölfeld über eine Zone, die mehr als elfmal so groß ist. Die Gesamttiefe der Bohrungen seit der Befreiung beträgt das 84fache derjenigen vor der Befreiung. Die jährliche Erdölausbeute ist weitaus größer als die gesamte Menge in den elf Jahren vor 1949. Die Zahl der aus dem Erdöl gewonnenen Produkte ist von sieben auf 126 gewachsen.

Seit dem Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde das Gewinnungsgebiet um weitere 1o Prozent erweitert, die Erdölausbeute um 15 Prozent gesteigert.

In der Erdölraffinerie laufen die Leitungen kreuz und quer. Dort werden die verschiedenen Produkte verarbeitet. Jeglicher Vorgang ist automatisch. Kang Kai ist der stellvertretende technische Leiter der Raffinerie. Er und einige Erdölarbeiter brauchten gerade ein Jahr, um die Produktion eines Erzeugnisses mit besonders niedriger Viskosität für kalte Gegenden zu ermöglichen. 1972 machte er eine andere Neuerung. Er vereinfachte den technischen Prozeß der Erdölraffinierung.

So reich Chinas Ölquellen auch sind, nannte das Volk das Petroleum vor der Befreiung "Yang Yü" (ausländisches Öl), weil sämtliche Kerosine zur Beleuchtung oder als Treibstoff für Autos und Maschinen aus imperialistischen Ländern importiert wurden. Die Imperialisten errafften durch den Erdölverkauf immense Profite.

Nur durch die Befreiung war es möglich, daß China die Rohölgewinnung entwickeln konnte, das Jumen-Feld ausbaute und neue Ölfelder anlegte. "Mit dem Aufschließen neuer Ölfelder", sagte ein leitendes Mitglied von Jumen, "ist Chinas ältestes Ölfeld nicht mehr sein größtes. Aber wir sind stolz darauf, daß Jumen technische Kräfte hervorgebracht hat, die es möglich machten, neue Ölfelder zu erschließen. Während der vergangenen zwölf Jahre wurden viermal soviel gelernte Arbeiter als die gesamte Arbeiterschaft Jumens ausmacht zu neuerschlossenen Erdölfeldern geschickt. In zwölf Fällen wurden mehr als tausend Arbeiter auf einmal von hier in andere Felder gesandt.

Unter ihnen war auch der verstorbene Wang Tschin-hsi. Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, ein im ganzen Land bekannter Erdölarbeiter. Er hat außergewöhnliche Leistungen für die Erschließung von Datsching, Chinas größtem Ölfeld, erbracht.

Wang Tschin-hsi und seine Kollegen begannen 196o in Datsching ihre Arbeit, als die revisionistische russische Führungsclique die Erdöllieferungen einstellte, alle wirtschaftlichen Verträge mit China

brach und alle Spezialisten abzog, mit der Absicht, China in die Knie zu zwingen. Nach schwersten Anstrengungen der Erdölarbeiter stand es schon 1964 fest, daß es für China keinen Mangel an Erdöl mehr gab. Das erfüllte die Arbeiter von Jumen, Datsching und anderen Erdölfeldern mit größtem Stolz.

Alteingesessene Jumen-Arbeiter sagen: "Wir waren Sklaven in der Vergangenheit, aber jetzt sind wir die Herren des Ölfeldes und führen ein glückliches Leben." Unter der Regierung der von den Imperialisten gestützten Kuomintang-Reaktionäre wurden die Erdölarbeiter mit Waffengewalt zu halsbrecherischer Arbeit gezwungen. Oftmals wurden sie auch ausgepeitscht. Dieses Ölfeld mit damals weniger als 5000 Arbeitern hatte 300 Polizisten und dazu noch die Kuomintang-Truppen, die in Jumen stationiert waren. Während des bitteren Winters von 1942 wurden unter bewaffneter Aufsicht 360 Arbeiter vom Ölfeld getrieben, nachdem sie alle auf einmal entlassen worden waren. Viele wurden obdachlos und starben den Hungertod oder erfroren. Nur etwa 40 Arbeiter überlebten, indem sie in andere Gebiete zogen. Als der Schnee geschmolzen war, wurden an mehreren Orten Leichen gefunden.

Die heutigen Wohnviertel der Arbeiter mit ihren netten, behaglichen Räumlichkeiten und die Schulen für ihre Kinder stehen auf einem Grund, wo vor der Befreiung Baracken und ein Armenfriedhof waren. Die Gebeine vieler Arbeiter, die bis auf den letzten Blutstropfen ausgesaugt worden waren, sind hier begraben worden. Jene, die in den Baracken lebten, schliefen nachts auf Stroh. Wenn es regnete, mußten sie sitzen oder im Kot schlafen. Ihre mageren Löhne konnten kaum Körper und Geist zusammenhalten.

Neue Spitäler und Sanatorien mit 550 Betten sind seit der Befreiung errichtet worden. Die Erdölarbeiter erhalten kostenlose medizinische Betreuung. Ein Arbeiter-Kulturzentrum, zwei Kinos, 26 Klubs, 18 Mittelschulen und eine Menge Freizeitschulen für die Arbeiter waren aufgebaut worden. Es gibt Kindergärten, Horte, Sportplätze und Rollschuhbahnen. In früheren Zeiten lagen ärztliche Behandlung und Schulbildung für die Kinder außerhalb der Möglichkeiten der Werktätigen.

Die Arbeiter fahren mit Bussen durch das Ölfeld zur Arbeit und kehren mit ihnen nach Hause zurück. An jedem Arbeitszentrum gibt es ein Postamt, eine Bank, Speisehäuser, einen Buchladen, einen Friseur und ein Badehaus.

Die Familien der Erdölarbeiter haben 28 Farmen auf dem Brachland rings um das Ölfeld errichtet und produzieren Getreide, Speiseöl und Fisch. Sie verkaufen überschüssiges Getreide an den Staat und versorgen die Arbeiter auch im Winter mit frischen Gurken, Tomaten und anderen Gemüsesorten. ●

Chinas Atombombe

Während die Imperialisten aller Länder ein Geschrei über den erfolgreichen Atombombenversuch der Volksrepublik China erheben, rüsten die beiden Supermächte in aller Stille und unter der Tarnung des Geredes über "Entspannung", "Sicherheit" usw. auf. Ein Beispiel: Dieses Jahr haben die USA bereits sieben, die UdSSR zwei Kernwaffenversuche durchgeführt. Ein weiteres Beispiel: Die russischen Imperialisten errichten im bengalischen Tschittagong einen Stützpunkt für ihre Kriegsflotte. Die Tatsache der intensiven Aufrüstung der beiden Supermächte ist nicht zu leugnen. Niemand kann der Volksrepublik China das Recht absprechen, gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, besonders seitens des russischen Imperialismus, Vorkehrungen zu treffen. Dazu gehört aber neben der Erhöhung der revolutionären Wachsamkeit des chinesischen Volkes auch die Stärkung des Verteidigungspotentials. Während aber die Supermächte ihre Kriegsrüstung durch die Phrase vom "Gewaltverzicht" tarnen, kämpft China konsequent für die Vernichtung aller Kernwaffen und hat eine Erklärung abgegeben, es werde niemals als erstes Atomwaffen einsetzen. Wen wundert es, daß sich die USA und UdSSR weigern, gleichartige Erklärungen abzugeben. Was aber die beiden Hauptfeinde der Völker auch immer tun mögen: Weder die Politik der Atomerpressung und der grausamen Unterdrückung noch die Friedensheuchelei wird ihren Untergang aufhalten können!

Das Presse-Kommunique

"China hat am Mittag des 27. Juni über seinem Westgebiet erfolgreich einen Wasserstoffbombenversuch durchgeführt.

Die Durchführung dieses notwendigen und begrenzten Kernwaffentests diente völlig dem Zweck der Verteidigung und der Durchbrechung des Atommonopols der Supermächte, mit dem endgültigen Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen. Die chinesische Regierung erklärt nochmals, daß sie zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen anwenden wird. Das chinesische Volk und die chinesische Regierung werden fortfahren, mit allen Völkern und Ländern, die den Frieden lieben und die Gerechtigkeit hochhalten, im gemeinsamen Kampf für die Erreichung des großen Zieles des vollkommenen Verbots und der völligen Vernichtung der Atomwaffen zusammenzuarbeiten." ●

in eigener sache in eigener sache in eigener sache
in eigener sache in eigener sache in eigener sache
in eigener sache in eigener sache in eigener sache



Was ist die „rote garde"? Die „rote garde" ist die Jugendzeitung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter. Und was ist nun diese Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (kurz VRA genannt) und was will sie; wozu ist sie da?

Sie will zur Schaffung einer neuen Klassenpartei der österreichischen Arbeiter beitragen. Und dazu müssen wir im Rahmen unserer Tätigkeit marxistisch-leninistische Kader heranbilden, die es verstehen, sich mit den Massen des arbeitenden Volkes zu verbinden und von den Massen zu lernen. Sie müssen die Arbeiterschaft über ihre Lage und die sich daraus ergebenden objektiven Ziele und Aufgaben aufklären und die Kämpfe anleiten. Im Verlauf dieser Arbeit und dieser Kämpfe wird die neue revolutionäre Arbeiterpartei Österreichs aus den Reihen der Arbeiter selbst entstehen.

Was soll diese Partei erkämpfen? Sie wird das österreichische Proletariat zur Befreiung von der Lohnsklaverei, von der geistigen und materiellen Knechtung führen. Die Arbeiterklasse wird die Herrschaft der Ausbeuter stürzen und unter ihrer eigenen Herrschaft die Revolution weiterführen. Sie muß so durch ihre Wachsamkeit verhindern, daß sich wieder neue Bonzen und Ausbeuter dem Volk in den Nacken setzen. Durch die Umgestaltung aller gesellschaftlichen Verhältnisse sowie des Bewußtseins der Menschen werden wir zur Aufhebung der Klassen und zur Schaffung der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft gelangen. Dann wird die Menschheit für immer von Ausbeutung, Not, Existenzunsicherheit und Raubkriegen befreit sein.

Allerdings ist das ein weiter Weg, und wir stehen erst am Anfang. Noch ist die österreichische Arbeiterklasse nicht erwacht, noch haben es die Arbeiter nicht gelernt, als Klasse zu denken und zu handeln. Aber die Aussackelung der Arbeiter durch die Inflation und das Stillhalteabkommen, die hemmungslose Betrügerei und Ausbeutung der Arbeiter und aller arbeitenden Menschen in Stadt und Land, schaffen günstige Möglichkeiten für das neue Erwachen des Proletariats. Unsere Perspektiven sind also günstig, obwohl unsere Möglichkeiten begrenzt sind: Erstens sind wir alle berufstätig, das heißt, wir müssen alle in unserer Organisation anfallenden Arbeiten in unserer Freizeit durchführen. Und zweitens werden wir nicht von kapitalistischen oder revisionistischen Hintermännern finanziert.

Deshalb müssen wir unsere Kräfte auf die Hauptaufgaben richten. Das sind zunächst die politische Arbeit im Betrieb und außerdem die Propaganda mit unseren Zeitungen. Die zweite Aufgabe muß aber der ersten dienen.

Damit wären wir wieder bei der „roten garde". Um diese Zeitschrift wirklich lebensvoll zu machen — und das muß sie sein, denn die Menschen wollen das Gelesene ja nicht nur „schlucken", sondern sie sollen auch zu denken anfangen —, dazu genügt nicht die Arbeit unserer Genossen. Auch die Leser sollten uns unterstützen. Alle unsere Zeitschriften sind Zeitschriften „von Arbeitern für Arbeiter". Es genügt nicht, wenn wir uns nur auf unsere eigene Erfahrung, auf marxistisch-leninistische Zeitschriften und bürgerliche Nachrichtenquellen verlassen. Wir brauchen auch die Berichte, Zuschriften, Vorschläge und Wünsche der Leser. Ein Beispiel dafür ist in dieser Zeitschrift abgedruckt: Der Brief einer Lehrerin aus Wien. Solche Zuschriften sind nützlich für unsere Arbeit und — so meinen wir — auch für unsere Leser und Freunde. Damit sie unsere Zeitschrift auch als die ihre ansehen. Deshalb rufen wir auf: Unterstützt die VRA durch Zuschriften und Vorschläge. Helft uns, unsere Arbeit zu verbessern und Fehler zu überwinden. Damit unsere Arbeit im Interesse und im Dienste der arbeitenden Klasse Erfolg hat.

Die Redaktion ●

Der Streik bei Böhler

Ein Brief in zwei Teilen

Fast drei Wochen streiken sie jetzt schon, die Arbeiter bei Böhler-Ybbstal. Gegen die Betriebsleitung und gegen den Wille(n) der ÖGB-Führung. Es geht um eine Stundenlohnerhöhung (betrieblich) um S 2,50.

Auf einmal herrscht wieder Einigkeit bei den Bossen. Die vom Unternehmen sagen: "Wir werden halt nicht mehr investieren, dann müssen wir die Betriebe schließen und außerdem werden wir euch von der Krankenkasse abmelden". Die von der Gewerkschaft sagen: "Das ist ein 'wilder' Streik, den unterstützen wir überhaupt nicht. Wenn ihr was wollt, dann habt ihr zuerst zu fragen". Wann und wo kann sich die Einheit zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbonzen besser zeigen, als wenn Arbeiter um ihre berechtigten Forderungen kämpfen?

Dabei hat der Oberboß Benya mittels des Staberl von der "Kronenzeitung" doch schon verlauten lassen, daß ohnedies zumindest zehn Prozent "in der nächsten Lohnerhöhung drinnen sein" müssen. Dieser Verräter wird außer sich sein, daß Arbeiter nicht mehr glauben, was er daherschwadroniert. Es ist lehrreich für alle österreichischen Arbeiter, was die in den Böhler-Werken im Ybbstal jetzt zeigen, nämlich ihre stahlharte Faust. Sie haben den Sozialpartnern, den Mitbestimmungsfunktionären, Betriebsratsobmännern, allen Bonzen den Klassenkampf erklärt! In diesem Ausmaß gab es das nicht in Österreich seit 1950.

Ich ziehe folgende Schlüsse: Jetzt muß Solidarität geübt werden. Die Gewerkschaft muß gezwungen werden, den Streik anzuerkennen. Unsere Beiträge sind ja nicht dazu da, die Basis der BAWAG zu verbessern, sondern für den Klassenkampf. Jeder Schilling ist ja zumindest ein Arbeiterschweißtropfen. Endlich einmal zeigen in Österreich Arbeiter der Clique von gut verdienenden Bonzen die Zähne.

★

Über Nacht ist es wieder anders geworden. Der Streik ist aus. Ich werde nachdenken müssen. Was sie da oben im Ybbstal wollten, war richtig und wie sie es angegangen sind, ebenfalls. Es hat aber - außer daß die Gewerkschaft doch Streikunterstützung zahlen muß - doch nicht zum vollen Erfolg gereicht. Warum aber? Das müssen wir unbedingt ergründen.

H. F., NÖ. ●



„Sozialistische“ Verhältnisse

Wenn ich euch jetzt Verhältnisse und Vorkommnisse in einem verstaatlichten Betrieb schildere, geschieht dies im Nachhinein. Ich weiß, man soll zu jeder Zeit kämpfen, wenn es um die Interessen der Arbeiter geht; wenn mein Bericht bewußt später an euch ergeht, so deshalb, weil ich meine Freunde aus Jugoslawien, um die es hauptsächlich geht, nicht einer Willkür aussetzen wollte, der sie und auch nicht die Revolutionäre in Österreich heute begegnen können. Ich bin gewiß, daß sich das einmal ändern wird. Voraussetzung ist, daß wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem verstärken und einheitlich führen.

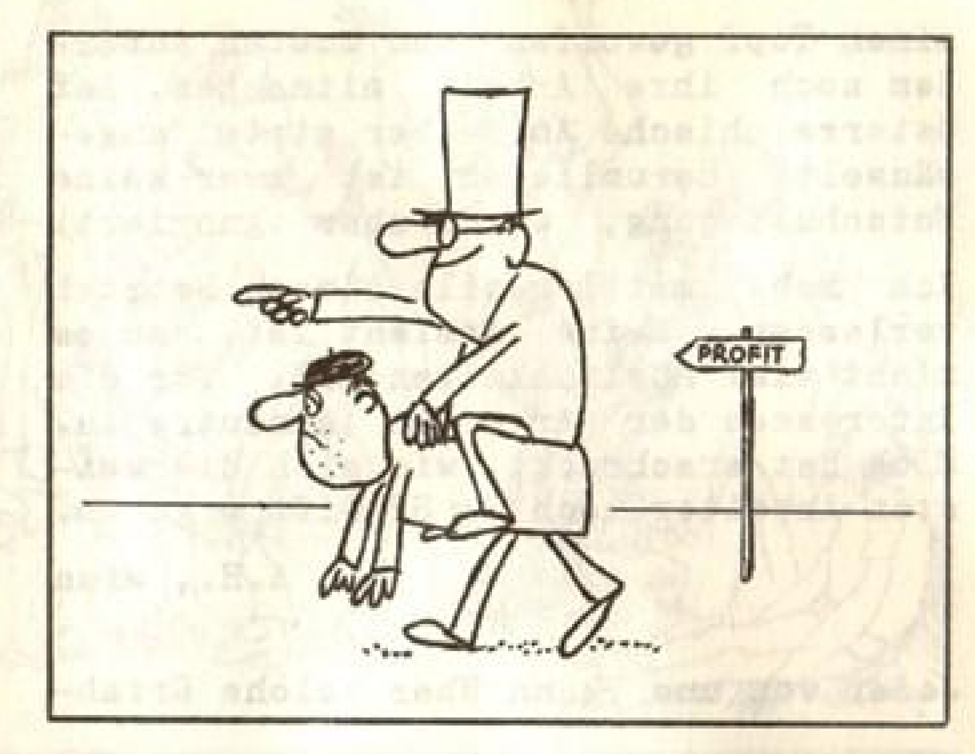
Es geht um die Firma "Wiener Brückenbau". Das ist wiederum ein Tochterbetrieb der VÖEST. Ich habe in den langen Jahren meines Arbeiterlebens niemals zuvor solche Zustände erlebt. Vorausschicken möchte ich allerdings, daß nur der sie erleben kann, der sich nicht der politischen Prostitution hingibt, das heißt, willenlos der SP-Argumentation Folge leistet. Ich konnte das nicht, denn ich kenne diese Herrschaften. Und mit mir konnten es auch klassenbewußte jugoslawische Arbeiter nicht. Deshalb bekamen wir die "Demokratie" österreichischer Prägung voll zu spüren.

Im Betrieb Wiener Brückenbau (in der Folge WBB beschrieben) werden schwere Stahlkonstruktionen hergestellt. Es ist ein Betrieb, der einmal unter russischer Verwaltung stand. Damals waren ja noch die "K"P-Größen im Betrieb dominierend. Viele der damaligen "Kommunisten" sind noch im Betrieb, in gehobener Position, meist Werkmeister. Sie haben aber längst die Front gewechselt und sind jetzt lautstarke Verfechter der SP-Politik, Anhänger von Kreisky, Androsch, Benya und Co. Als Antreiber und Leuteschinder gehören sie zur absoluten Spitze. In leitender Funktion traf ich einen SS-Blutordensträger, den ich von früher her kannte, der Betriebsrat ist in Händen der SPÖ.

Der Betrieb bietet "soziale Möglichkeiten". Das heißt, man kann Überstunden machen, auch sonntags. Freilich gibt es diese nur für solche Leute, die nicht anders denken als vorgeschrieben. Politisch andersdenkende, klassenbewußte Arbeiter, die um mehr Lohn in der Normalarbeitszeit eintreten, gehören da nicht dazu, schließlich ist es ja ein "Privileg", für den Kapitalisten mehr arbeiten zu dürfen, um für sich auch einen Brosamen herausschlagen zu können. Ich bekam das zu spüren, als ich - zwecks Möbelkauf - auch für einige Zeit Überstunden machen wollte. Wer aufmuckt, der kann von Haus aus sicher sein, daß er die Arbeit "zü spüren" bekommt. Die schwersten und gefährlichsten Aufträge sind ihm sicher. Dabei helfen noch jene "Kollegen" mit, die, als Lumpenproletarier gekauft, Handlangerdienste im Interesse der Unternehmensleitung und der Meister durchführen und die Arbeiter erst recht schikanieren. Diese erinnerten mich an die KZ-Kapos Hitlers.

Eine besondere Schweinerei sind die unterschiedlichen Stundenlöhne bei der gleichen Arbeit und Qualifikation. Sie werden im Einvernehmen zwischen Partieführer und Meister festgesetzt. Überflüssig zu sagen, daß dabei der Unliebsame zum Handkuß kommt. Es soll so aber nicht nur der klassenbewußte Arbeiter bestraft werden, die Aufspaltung der Arbeiter läßt sich so sehr gut bewerkstelligen. Ob man von der Gewerkschaftsführung etwas hält oder nicht, ist egal. Man ist auf jeden Fall dabei, der Beitrag wird schon von der Firma einbehalten. Die Frage, "ob man dabei sein will", ist nur eine Formsache.

In der WBB arbeiten viele jugoslawische Arbeiter. Ich habe sie als gute, hilfsbereite und menschliche Arbeiter kennengelernt, bis auf einen, über den ich noch berichten werde. Sie haben es besonders schwer. Sie haben erstens Sprachschwierigkeiten, sind zweitens obligat unterbezahlt und werden außerdem wie der letzte Dreck behandelt. Es



gibt Fälle, die für mich unvergeßlich bleiben werden. Da bat einmal ein Jugoslaw um Aufklärung, weil er seiner Ansicht nach zu wenig Lohn bekommen hatte. Ohne Aufklärung wurde er am nächsten Freitag gekündigt. Ein qualifizierter serbischer Stahlbauschlosser hatte sich als Zeichen seiner politischen Anschauung Hammer und Sichel auf seine Arbeitshandschuhe gemalt. Gute Arbeitsleistung hin oder her, am nächsten Freitag wurde er entlassen. Ich denke auch an den alten TOLJAGA, den haben sie herumgehetzt, bis er nicht mehr konnte und ging.

Mir wurde "nahegelegt", nicht mit Jugoslawen zu sprechen, genauso wie ihnen mit mir; ich war ja bekannt als "Aufwiegler". Ich hielt mich natürlich nicht daran. Das tat auch nicht ein aufgeschlossener Arbeiter der "Jugomantscha". Da fühlte sich der oben erwähnte Jugoslawe, er heißt Dschako Jater, bemüßigt, seinen Kollegen zu denunzieren. Die Folge: auch dieser jugoslawische Kollege war am nächsten Tag "draußen". Er sei ein "Tachinierer", wurde behauptet. Dabei arbeitet der Denunzierer den ganzen Tag nichts, ist offenbar nur ein Spitzel. Vielleicht hilft ihm aber seine Berufung auf die Zugehörigkeit zum "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" weiter. Jedenfalls stand er bei der Betriebsleitung in hohem Ansehen. Ich will das Kind beim Namen nennen: Er war ein Verräter an seinen Landsleuten und erinnerte mich an den Prototyp des Arbeiteraristokraten, wie wir sie ja auch bei uns kennen.

Freilich gab es auch Jugoslawen, die betrunken in die Arbeit kamen. Die Anständigen wurden sofort mit ihnen in

einen Topf geworfen und mußten außerdem noch ihre Arbeit mitmachen. Daß österreichische Antreiber stets "angesäuselt" herumliefen ist zwar keine Entschuldigung, wurde aber ignoriert.

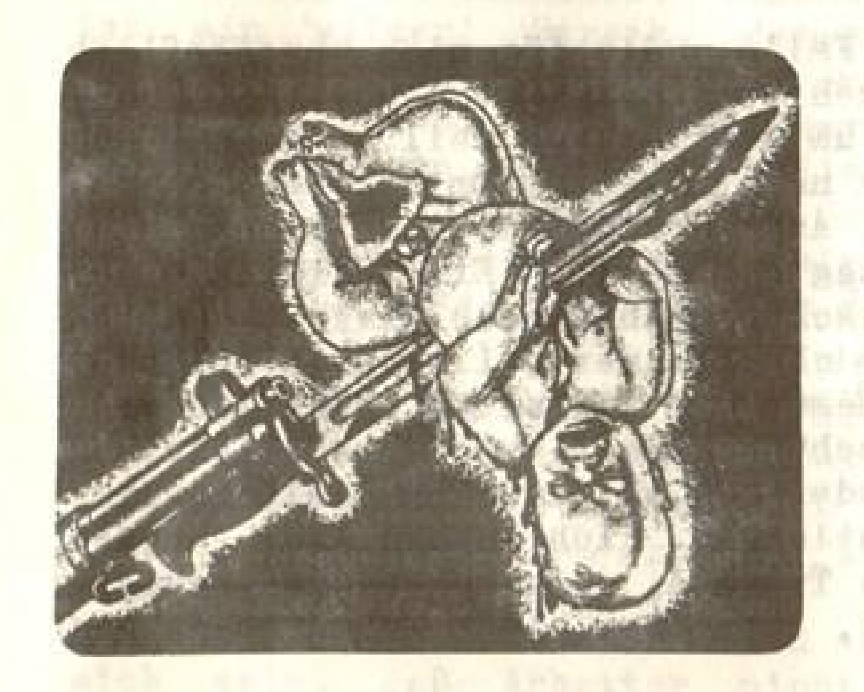
Ich habe mittlerweile diesen Betrieb verlassen. Meine Ansicht ist, daß es nicht viel Möglichkeiten gab, für die Interessen der Arbeiter einzutreten. Mich hat erschreckt, wie sich die meisten Arbeiter noch dem SP-Gift ergeben.

A.H., Wien

★

Jeder von uns kann über solche Erfahrungen berichten. Für den bewußten Kämpfer um Arbeiterinteressen dürfen sie aber keineswegs entmutigend wirken. So ist der Kapitalismus. Ohne entschiedenen Kampf der Arbeiterklasse aus kleinen Anfängen heraus kann er nicht beseitigt werden. Was wir tun müssen? Die theoretischen und praktischen Erkenntnisse verallgemeinern, uns eng zusammenschließen und beharrlich kämpfen. Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tsetungs wird die Arbeiterklasse letzten Endes den Sieg erringen.

Die Redaktion ●



Mozambique: Kolonialterror

Die englische Zeitung "Times" berichtete am 1o.7. von den tierischen Massakern, die die portugiesischen Kolonialtruppen unter der Bevölkerung von Mozambique anrichteten.

Seit 1964 führt das Volk von Mozambique unter der Befreiungsfront FRELIMO den heldenhaften Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft. Diese Befreiungsfront ist deshalb unbesiegbar, weil sie untrennbar mit dem Volk verbunden ist. Aus diesem Grund greift die Kolonialregierung zum letztmöglichen Mittel: zum Völkermord. So rottet sie ganze Dörfer aus. Im Dezember 1972 wurde z.B. das Dorf Wiriyamu mit Napalm bombardiert und die Einwohner darauf hin von der portugiesischen Soldateska auf grausamste Art niedergemetzelt. Ein Augenzeuge berichtet von Säuglingen und Kleinkindern, denen während der Ausrottungskampagne die Köpfe an Wänden oder durch Stiefeltritte zerschmettert wurden.

Als diese Greueltaten bekannt wurden, gab es in aller Welt Proteste demokratisch denkender Menschen. ●

Da staunt der „Volksstimme"-Leser:

Ein wahres Wort

Monatelang schon bemühen sich die "bedeutendsten Köpfe" der "K"PÖ nachzuweisen, daß die Regierung Kambodschas eine "Exilregierung des Prinzen Sihanouk" sei und daß dieser nicht das Staatsoberhaupt Kambodschas sei, sondern niemand anderen vertrete als sich selber. Auf eines können die Scharf, Janecek & Co. wahrhaftig stolz sein: Noch nie haben sie sich bei ihrem Treiben derartig als Vasallen der russischen Imperialisten erwiesen!

So sehr sich aber die großen Meister von der "K"PÖ bemüht haben, so haben sich die Lügen über Kambodscha noch nicht bis zum letzten "Volksstimme"-Schreiberling herumgesprochen. Denn am Samstag, dem 3o. Juni, konnte man auf der Seite 4 unter der Überschrift "Sihanouk in Rumänien" lesen: "Das kambodschanische Staatsoberhaupt, Prinz Norodom Sihanouk, Vorsitzender der Nationalen Einheitsfront Kambodschas (FUNK), hat im Rahmen eines inoffiziellen Rumänienaufenthaltes die Industriestadt Braschov besucht."

Peinlich, sehr peinlich, ein derartiger "Ausrutscher". Aber es zeigt sich eines: Mitunter steht auch in der "Volksstimme" ein wahres Wort - ungewollt! ●

Journaldienst der VRA: jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 13 bis 18 Uhr in Wien 20, Universumstraße 40. Telefon 33 87 774.

Pop und Phrasen



Die „Alten" unter uns — die heute zumindest schon den Dreißiger am Buckel haben — erinnern sich gewiß noch an die VII. Weltfestspiele der Jugend in Wien. Das war 1959. Und sie erinnern sich genauso gewiß an die damaligen Haßtiraden des „Kurier" und an die Zusammenstöße mit sozialdemokratischen und sonstigen rückständigen Provokateuren. Heute ist das anders. Heute sind die Weltfestspiele nicht mehr eine Veranstaltung der revolutionären Jugend, sondern eine revisionistische Propagandaschau, gegen die nicht einmal mehr bürgerliche Politiker etwas einzuwenden haben.

Wie wir wissen, fanden vom 28. Juli bis zum 5. August in der DDR-Hauptstadt Berlin die X. Weltfestspiele der Jugend statt. Diese Spiele wurden vom "Weltbund der Demokratischen Jugend" abgehalten, der zur Gänze ein Werkzeug der Sozialimperialisten ist. In Berlin nun veranstalteten die Revisionisten einen Propagandarummel sondergleichen: Pop und pazifistische Phrasen, zu denen in einem Glückwunschtelegramm auch UNO-Generalsekretär Waldheim beitrug (er "begrüßte die kommende Europäische Sicherheitskonferenz als wichtigen Schritt zur Entspannung und als Anzeichen einer neuen Atmosphäre in der internationalen Politik", "Volksstimme" vom 29. Juli), beherrschten die Szene. So versuchten die russischen Imperialisten und die herrschenden Cliquen der anderen revisionistischen Länder vorzutäuschen, sie wären "für antiimperialistische Solidarität, für Frieden und Freundschaft", wie auch das Motto der Festspiele lautete.

Otto Podolsky, der Vorsitzende der "K"JÖ, nannte das Politspektakel von Berlin "einen Höhepunkt im antiimperialistischen Kampf", welcher den "Reaktionären aller Schattierungen ein Dorn im Auge ist" ("VS" vom 26. Juli). Und für die Mitglieder der revisionistischen Jugendorganisation, die nach Berlin fuhren, "stellt das X. Festival einen Höhepunkt ihrer bisherigen Tätigkeit im antiimperialistischen Kampf dar", schreibt Podolsky in der "VS" vom 4. August.

Was war nun dieses X. Festival überhaupt? Es war nichts anderes als eine großangelegte Zurschaustellung der Vorherrschaft des russischen Imperialismus in Europa. Und weil das so war, deswegen war das Festival den Reaktionären "aller Schattierungen"





kein Dorn im Auge, sondern Reaktionäre wie der Juso Roth, der als "linkes" Reklameschild auch in den Parteivorstand der SPD gewählt wurde, oder die "Junge Union" der CDU fuhren nach Berlin.

Es war der Zweck der Spiele, der Jugend die Pseudoentspannung und die Europäische Sicherheit Marke ČSSR schmackhaft zu machen und sie mit dem Reklameschild des "Antiimperialismus" irrezuführen.

Es ist kaum zu glauben: Die neuen Zaren haben die Tschechoslowakei überfallen. Sie haben eineinhalb Millionen Soldaten und Hunderte Atomraketen an Chinas Grenzen stehen. Sie hetzten Indien dazu auf, Pakistan zu zerstückeln und ihre Flotte rivalisiert auf allen Weltmeeren mit der des US-Imperialismus um die Vormachtstellung.

In Tschittagong, dem Haupthafen von Ostpakistan, besitzt diese Flotte nun einen Stützpunkt, und in der Straße von Taiwan nimmt sie langsam aber sicher die Stellung der US-Marine ein. All dies tun die Sozialimperialisten, um die Völker ihrer Kontrolle zu unterwerfen, China einzukreisen und um mit den USA um die Beherrschung der Welt zu raufen. Und dann haben diese waschechten Imperialisten die Stirn, für sich mit "internationaler Solidarität und Antiimperialismus" zu werben. Das ist wirklich ein "Höhepunkt", nämlich der Gipfel der Heuchelei und des Betruges!

Und die österreichischen Revisionisten? Was für Antiimperialisten sind denn die Führer der "K"PÖ und "K"JÖ? Bei der Verabschiedung der Delegation zu den Weltfestspielen erklärte Walter Wachs, "daß die Delegation nicht mit leeren Händen nach Berlin kommt" und brüstete sich mit "Aktionen im Geiste der antiimperialistischen Solidarität. Er erinnerte "vor allem an die Salzburger Demonstration gegen Nixon im vergangenen Jahr." ("VS" vom 27. Juli).

Nun haben wir aber in Salzburg genau gesehen, was für eine Rolle "K"PÖ und "K"JÖ spielten.

Machte da nicht der Demonstrationszug der "K"P auf dem Weg zum Flugplatz kehrt und marschierte er nicht mit dem Sprechchor "Solidarisieren - zurückmarschieren!" an den anderen Demonstranten vorbei wieder zurück?

Danach aber hatte die "Volksstimme" die Stirn, die ehrlichen Antiimperialisten als "Linksradikale" und "Superrevolutionäre" zu beschimpfen, deren Losung "Sieg dem Volkskrieg" laut "VS" vom 30. Mai 1972 angeblich "den Inhalt und das Ziel des vietnamesischen Freiheitskampfes verzerren" und "sogar den Unterstellungen Nixons entsprechen" sollte.

Und wer kennt nicht die Artikel in der "Volksstimme" und in "Weg & Ziel", welche sich gegen den Kampf des kambodschanischen Volkes richten und die Regierung der Befreiungskämpfer als "Exilregierung" zu verleumden suchten?

Der angebliche "Antiimperialismus" der revisionistischen Führer entlarvt sich Tag für Tag aufs Neue als Schützenhilfe für die Kremlherren. Es ist offensichtlich, daß die "K"JÖ-Führer die Jugend auf das revisionistische Geleise locken wollen. Aber ebenso klar ist es, daß es letzten Endes nur einen Weg für die revolutionäre Jugend geben kann: Den Weg des Marxismus-Leninismus, den Weg der Ideen Mao Tsetungs! ●

Uruguay

Am Beispiel Uruguays zeigt sich die ungeheure Ausbeutung der Dritten Welt. Die dortige Kompradorenbourgeoisie (jener Teil der Bourgeoisie, der auf Grund seiner wirtschaftlichen Interessen aufs engste mit den Imperialisten verbunden ist) betreibt den Ausverkauf des Landes vor allem an die amerikanischen Imperialisten. So wird über die Hälfte des uruguayschen Bankkapitals von der amerikanischen Chase Manhattan Bank und ihren Geschäftspartnern, z.B. der Deutschen Bank, kontrolliert. Oder nehmen wir die Fleischindustrie: Sie ist zur Gänze in der Hand von US-Konzernen. Uruguay ist auf diese Weise ungeheuer verschuldet, und die jeweiligen Regierungen wälzten die Lasten auf die werktätige Bevölkerung des Landes ab. Wie groß die Ausbeutung dieses Volkes ist, sollen einige Zahlen zeigen: So waren z.B. die Lebensmittel im Vorjahr 67mal so teuer als 1962, die Wohnungen 34mal, und die Textilien sogar 93mal so teuer als vor zehn Jahren. Die Süddeutsche Zeitung berichtet, daß allein 1972 die Lebenshaltungskosten um 95% stiegen, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um weitere 33%.

Über ein Viertel der Werktätigen Uruguays ist bereits arbeitslos, und die Zahl steigt immer weiter an.

Unter diesem Druck wuchs der Widerstand der Werktätigen. In zahllosen Demonstrationen und Streiks setzten sie sich zur Wehr. Dieser entschiedene Widerstand der Bevölkerung ließ die bisherigen Herrschaftsmethoden nicht mehr zu. So wurde das Parlament beseitigt: Am 27.6. dieses Jahres errichtete der vom Militär gestützte Präsident Bordaberry die Diktatur. Universitäten wurden gesperrt, Versammlungen verboten und strengste Pressezensuren eingeführt.

Gegen diese Militärdiktatur gibt es vermehrte Widerstandsaktionen, und die Gewerkschaft rief zum Generalstreik auf. In Montevideo demonstrierten am 1o. Juli mehr als 5o.ooo Menschen anläßlich des Begräbnisses eines Schülers, der von einer Militärpatrouille erschossen worden war, als er Losungen zur Unterstützung des Generalstreiks an eine Wand schrieb. Uruguayaner aller Bevölkerungsschichten protestierten gegen die brutale Diktatur.

Am 9. Juli demonstrierten mehrere Tausend Arbeiter und Studenten in den Straßen von Montevideo. Das Militär griff die Demonstranten mit Panzern und Hubschraubern an und zerstörte auch die von den Demonstranten errichteten Straßensperren. Die Arbeiter ließen sich aber nicht einschüchtern und besetzten nach Abzug der Truppen nochmals die Fabriken. Die Zahl der Verhafteten ist schon auf über dreitausend gestiegen.

Die Militärdiktatur hat nun die Gewerkschaft aufgelöst und verboten und angeordnet, daß alle Arbeiter in eine von der Diktatur kontrollierte Zwangsgewerkschaft eintreten müssen. ●

Ein Leserbrief

Wie arm muß die UNO sein, daß dem Herrn Generalsekretär Dr. Waldheim aus seiner Heimat vom Herrn Präsidenten Sallinger die Ausstattung seines Arbeitszimmers - auf Kosten der Bundeswirtschaftskammer - geschickt wird? Es wäre ja traurig, wenn der Herr Generalsekretär auf dem Boden sitzen müßte. Auf welchem Stuhl saß er denn in seiner Wiener Wohnung, wer hat die denn eingerichtet? Auch der Herr Präsident Sallinger?

Oh, wie großzügig ist Österreich für seinen Vertreter bei der UNO! Ich als Opfer des Faschismus habe die Einrichtung nicht vom Staat oder gar von einem Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer erhalten. Ich bin ein Opfer der NS-Erblehre, mein Peiniger war ein Freund des Präsidenten Sallinger, der Professor Leopold Schönbauer. Zehn Jahre war ich Notstandsempfänger und jetzt beziehe ich Almosen vom Wohlfahrtsamt. Mit meiner Frau zusammen habe ich 2.591 Schilling im Monat. Herr Bürgermeister Slavik hat mir zugesagt, die Kosten der Ausmalerei zu übernehmen. Aber die MA XII will erst zahlen, bis der Meister seine Arbeit vollendet hat. Welcher Maler wartet so lange auf sein Geld?

Aber bei Herrn Waldheim zahlt man gleich die Möbel. Dabei verschlingen die das Hundertfache von dem, was meine Malerei kosten würde. Oh Österreich, wie bist du herrlich! Für Waldheim Millionen, für ein Naziopfer nur Bescheide, aber kein Geld. Das ist "sozialistisch": Dem reichen Waldheim geben, den Armen nehmen.

Oh du mein Österreich! Für Waldheim rollen die schönsten Möbel nach USA, für die Naziopfer rollen die Rettungswagen in die Schlangengrube!

Nicht jeder kann einen Freund wie Sallinger haben!

J.K., Wien ●